

TTIP: Das EP überprüft die Handelsverhandlungen zwischen der EU und den USA



© Zerbor / Fotolia

Die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) geben für viele Bürger nach wie vor Anlass zu großer Sorge. Mitglieder des Europäischen Parlaments haben bereits gewarnt, dass sie dem Abkommen nicht um jeden Preis zustimmen werden; derzeit arbeiten sie daran, der Kommission Empfehlungen für die Verhandlungen über das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA zu unterbreiten.

Bedenken der Bürger

Die Kritikpunkte, die in den Schreiben der Bürger zum Ausdruck kommen, reichen von dem Verhandlungsverfahren bis hin zu den gefürchteten Folgen des Abkommens. Die meisten Bürger haben auf die Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS) verwiesen, die eine ernsthafte Herausforderung für die Demokratie darstellen, da Investoren und Unternehmen die Regierungen der EU verklagen könnten. Ferner zeigten sich die Bürger enttäuscht, als die [Kommission den Antrag abgelehnt hat](#), eine europäische Bürgerinitiative zur Aussetzung von TTIP zu registrieren.

Standpunkt des Parlaments

Das Europäische Parlament nimmt all diese Bedenken sehr ernst. Deswegen werden die MdEP jeden Text, der aus dem Verhandlungsprozess hervorgeht, prüfen und erörtern, bevor sie dem Handelsabkommen zwischen der EU und den USA zustimmen oder nicht.

Die TTIP könnte zur weltweit größten bilateralen Freihandelszone führen. Ein verbesserter Marktzugang, verbesserte Handelsmöglichkeiten und die Beseitigung von unnötigen Regulierungen und Verwaltungslasten könnten dazu beitragen, auf beiden Seiten des Atlantiks das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen.

Da es sich hierbei um das ehrgeizigste und weitreichendste Handelsabkommen handelt, das die EU jemals ausgehandelt hat, erstrecken sich seine möglichen Auswirkungen auf zahlreiche Bereiche des öffentlichen Lebens in der EU. Daher beobachtet das Europäische Parlament die Gespräche sehr sorgfältig, um sicherzustellen, dass die Vorteile des Abkommens keine unannehmbaren Kosten nach sich ziehen.

Die noch ausstehenden Fragen beziehen sich auf die öffentliche Gesundheit, den Zugang kleiner und mittlerer europäischer Unternehmen zum Markt für die Vergabe öffentlicher Aufträge in den USA, Finanz- und Seeverkehrsdienstleistungen und die sogenannte Klausel zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat – ein Mechanismus, der dabei behilflich sein soll, Streitigkeiten zwischen Investoren und Ländern zu lösen.

Von Beginn des Verhandlungsprozesses an hat das Parlament die europäischen Werte und Normen hervorgehoben, die seiner Ansicht nach im Laufe der Verhandlungen beizubehalten sind, wie es in seiner [Entschließung vom 23. Mai 2013](#) dargelegt hat, die noch vor der Aufnahme der Handelsverhandlungen angenommen wurde. So forderte das Parlament etwa eindringlich, dass die strengen Normen der Union mit Blick auf den Verbraucherschutz, die sozialen Rechte und den Gesundheitsschutz, die Umwelt und die personenbezogenen Daten im Rahmen des Abkommens beibehalten und verstärkt werden.

Erhöhte Transparenz

Wie bei allen Freihandelsabkommen handelt die Kommission das Abkommen auf der Grundlage von [Verhandlungsleitlinien](#) aus, die von den Regierungen der EU ausgestellt und schließlich offengelegt wurden.

Dank der Beharrlichkeit des Europäischen Parlaments hat sich die Kommission zu einer [erhöhten Transparenz verpflichtet](#) und einer Offenlegung der [Positionspapiere der EU](#) zugestimmt. Ferner hat sie beschlossen, allen MdEP unter Nutzung eines besonderen „Lesesaals“ den Zugang zu den [vertraulichen Verhandlungsdokumenten](#) zu ermöglichen. Zwar sind sie nicht befugt, diese Dokumente der Öffentlichkeit zu unterbreiten, jedoch können sie konkrete Einblicke in die Fortschritte der Gespräche erhalten.

Da das Europäische Parlament nicht an den Gesprächen beteiligt ist, ist es nicht in der Lage, diese auszusetzen. Erst nach dem Abschluss der Verhandlungen können der Rat und das Europäische Parlament ihre Zustimmung erteilen oder verweigern.

Die „Halbzeitüberprüfung“

Bei der derzeitigen Überprüfung der Verhandlungen, die vom Ausschuss für internationalen Handel des Parlaments geleitet wird, sind gleichzeitig vierzehn weitere parlamentarische Ausschüsse damit befasst, Stellungnahmen über die Auswirkungen der TTIP in ihren jeweiligen Themenfeldern zu erarbeiten. Die MdEP sollen noch vor dem Sommer den Standpunkt des EP erörtern und darüber abstimmen.

Weitere Informationen

Das Parlament hat die Sonderwebseiten [„Das Europäische Parlament und die TTIP“](#) und [„TTIP: Chance für den Europäischen Binnenmarkt?“](#) erstellt.

Arbeitsdokumente und Informationen über den aktuellen Stand der Verhandlungen sind auf der [TTIP-Webseite](#) der Kommission abrufbar.

Bestimmte Bestandteile der TTIP wurden von den Sachverständigen des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments (EPRS) analysiert; diese Berichte sind auf der [Webseite des EPRS](#) abrufbar.

Haben Sie Fragen zu diesem Thema oder ein anderes Anliegen im Zusammenhang mit dem Europäischen Parlament? Nutzen Sie bitte unser [Online-Formular](#). Sie schreiben uns, wir antworten!

Manuskript fertiggestellt im Februar 2015, Luxemburg. © Europäische Union, 2015. Original: EN

Der Inhalt des Dokuments liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors und jede darin geäußerte Meinung spiegelt nicht notwendigerweise die offizielle Position des Europäischen Parlaments wider. Die Weiterverwendung und Übersetzung mit Quellenangabe ist zu nichtkommerziellen Zwecken gestattet unter der Voraussetzung, dass der Herausgeber vorab darüber informiert wird und ein Belegexemplar erhält.

Dieses Dokument ist auch erhältlich im Internet unter: <http://epthinktank.eu>